

Die Propagandistin



Der Inhalt

Grußwort	Seite 1
Vorwort	Seite 2

Aus dem Kiez

In dieser Rubrik werden regelmäßig Neuigkeiten aus dem Brüsseler und Sprengelkiez veröffentlicht.

Die Quartiersratswahlen waren ein Erfolg	Seite 3
Thesenpapier Quartiersrat	Seite 4
Termine	Seite 9

Das politische Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedesmal ein Neues Lied samt Geschichte.

Liedtext Motivées	Seite 10
-------------------	----------

Feuilleton

Hier gibt's Geschichten und Geschichte aus der Sozialdemokratie.
Der erste afrikanische BVG Fahrer

Seite 11

Diskussionsforum

Und dies ist die Plattform für unsere (partei-)politischen Debatten.

Warum wir populistischer werden müssen	Seite 16
Warum wir nicht populistisch sein können	Seite 18
Mindestlohn	Seite 21
Warum es mit der SPD abwärts geht	Seite 27
Die Programmdebatte ist am Ende	Seite 29

IMPRESSUM:

„Die Propagandistin“ ist die Mitgliederzeitung der Abt. 16 „Grünes Dreieck – SPD Berlin Mitte

Redaktion & AutorInnen: Sebastian Trommsdorff, Udo Sack, Andreas Wiedermann, Hanno Winter, Ursula Trüper, Manfred Patzer, Uwe Ostendorff,

Layout: Dirk Zimmer, Sebastian Trommsdorff, Uwe Ostendorff,

V.i.S.d.P.: Udo Sack, Vorsitzender Abteilung 16, Grünes Dreieck, Fehmarnerstr.10, 13353 Berlin; Auflage: 200 Exemplare

Die Propagandistin



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

liebe Genossinnen, liebe Genossen,

als Sebastian im Frühjahr im Vorstand seine Idee einer Abteilungszeitung als Forum für den argumentativen Schlagabtausch im Ringen um die besseren politischen Konzepte vorschlug, waren wir wohlwollend, aber noch zurückhaltend. Inzwischen aber denken wir: „Jo, das könnte was werden“. Nachdem die Artikel zur Notwendigkeit des Populismus, zur neuen Unterschicht und zu „Denen da oben“ vorlagen, die Sebastian in seiner bekannt erfrischend provokativen Art verfasst hatte, dauerte es gerade mal die 10 Minuten des Lesens, bis die erste Erwiderung angekündigt wurde. So soll die „Propagandistin“ funktionieren: als lebendiges Debattenforum unserer Abteilung. Ob das klappen wird, liegt an euch, Genossinnen und Genossen. Zeigt, dass die SPD auch heute noch zu Recht die Kennzeichnungen „Mitgliederpartei“ und „Programmpartei“ verdienen. Lasst uns produktiv über die richtigen Lösungen der tagespolitisch anstehenden Aufgaben und die besten Konzepte auf dem Weg zum „Demokratischen Sozialismus“ streiten, und wir werden noch viel Freude mit der „Propagandistin“ haben.



Viel Spaß beim Lesen,

mit herzlichen sozialdemokratischen Grüßen

Udo Sack

Jetzt steht der Weltrevolution nichts mehr im Wege!

Von Sebastian Trommsdorff

Ja es ist soweit meine lieben Freunde sozialdemokratischer Lyrik. Die erste Ausgabe unseres Kampfblattes für Freiheit und Sozialismus liegt in euren Händen!

Aber jetzt mal ernsthaft... wofür so ein Blatt aufziehen, sich die ganze Arbeit machen?

Um ehrlich zu sein, so genau weiß ich dass auch nicht, aber mir persönlich geht der Vorwärts, als derzeit einzige Parteizeitung, schon seit langem auf den Keks. Der Vorwärts ist zwar besser geworden, aber



Die Propagandistin



das heißt nicht, dass er gut ist. Diese permanenten Lobhudeleien auf unser ach so hervorragendes Führungspersonal. Dieses Nihilieren von Brüchen die es in unserer großen, alten Volkspartei zu Hauff gibt. Dieses Schönreden von Wahlniederlagen, Mitgliederschwund und dem Verlust unserer natürlichen Verbündeten, den Gewerkschaften. Wenn man in unserer heutigen SPD eine Meinung hat, welche von der Meinung der (in letzter Zeit häufig wechselnden) Führung abweicht, so löst man nicht einmal mehr Protest aus, nein man wird einfach ignoriert. Es finden nur noch Phantomdebatten in der Partei statt, welche von der Führung initiiert werden um uns ab zu lenken... Ab zu lenken von der tatsächlichen Politik.

Das beste Beispiel für diese Taktik war meiner Ansicht nach die gerade beendete Programmdebatte. Wir alle diskutieren und machen uns Gedanken, während die da oben so ziemlich gegen alles verstoßen was mal Beschlusslage bei der SPD war oder ist. Gleichzeitig werden die „neuen Medien“ genutzt um uns alle mit einer Umfrage zur Programmdebatte zu nerven, welche dir per multiple choice die Wahl geben zwischen „finde ich alles Super!“ oder „finde alles sehr gut!“. Und dann, am Ende nachdem aus der ganzen Partei Beschlüsse, Änderungsanträge, Ergänzungen eingegangen sind, wird ein völlig anderer Entwurf vorgelegt, in dem alle Änderungswünsche eingegangen seien. Wer's glaubt wird selig.

Und aus diesem Grund brauchen wir unser eigenes Käseblättchen! Wir müssen wieder untereinander debattieren! Wir müssen gemeinsam eine Gegenöffentlichkeit herstellen, welche uns vielleicht irgend-wann wieder in die Lage versetzt unsere Mandatsträger und unsere Führung nicht mehr nur noch ab zu segnen sondern zu beeinflussen und somit wieder Einfluss auf die Politik aus zu üben. Deswegen sind wir alle schließlich irgendwann mal in diese Partei eingetreten. Wir sind die Partei und nicht irgendwelche Hauptamtlichen! Lasst uns unseren Großkopferten beweisen dass wir vital, lebendig, willens und vor allem im Stande sind uns ein zu bringen.

Zugegeben, das erscheint alles ein wenig unrealistisch, aber was das angeht zitiere ich immer wieder gerne den Genossen Guevara, welcher zu sagen pflegte: „lasst uns realistisch bleiben... versuchen wir das unmögliche!“ Und wenn ich sage wir dann meine ich uns alle. Diese erste Ausgabe war quasi mein Baby, aber wenn dieser (wirre) Plan funktionieren soll, so brauche wir euer aller Mithilfe, denn nur gemeinsam kann das hier zu einem echten Forum der Mitglieder werden. Deshalb seid mitteilksam! Schreibt uns eure Meinung! Bringt euch ein! Macht mit!

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen viel Spaß und vielleicht den ein oder anderen Erkenntniszuwachs bei der Lektüre.



Die Quartiersratswahlen waren ein Erfolg

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Quartiersratswahlen im Sprengelkiez am Do 20.09. und Fr 21.09. waren ein voller Erfolg. 200 gültige Stimmzettel wurden abgegeben, damit war die Wahlbeteiligung mehr als vier mal so hoch wie bei der letzten Wahl und besser als beim großen Vorbild "Magdeburger Platz". Vor allem haben sich auch viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund an der Wahl beteiligt, so dass ein erster Schritt hin zu einem "echten" Bürgerforum getan ist. Ein klein bisschen können auch wir als Abteilung auf dieses Resultat stolz sein.

Nachdem wir angeboten hatten, die Hängung der Infoplakate für die Wahl in jeden Hauseingang zu übernehmen, wurden nochmals 400 Plakate nachgedruckt und von uns aufgehängt. So konnte keinem entgehen, dass Quartiersratswahlen sind. Auch der Infostand zur Quartiersratswahl bei der Eröffnung des Sprengelparks zusammen mit dem Quartiersmanagement Sparrplatz war von uns angeregt und besetzt worden. Das "Danke Schön" an uns von der Quartiersmanagerin Alexandra Kast am Wahlabend bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse war dann die Bestätigung dafür: Im Sprengelkiez tut sich was, und wir als örtliche SPD sind mitten drin!

Auch für die Bekanntmachung der Ergebnisse der Wahl wurden auf unsere Anregung hin wieder 400 Plakate gedruckt, die wir in jeden Hauseingang aufhängten. So wurde aus dem Ereignis "Quartiersratswahlen" eine runde Sache und die Institution "Quartiersrat" verfestigt sich bei immer mehr KiezbewohnerInnen. Wer sich die Plakate schon angeschaut hat, weiß von den KandidatInnen, die auch Mitglied in unserer SPD-Abteilung sind: **Andrea Achatz, Barbara Charade, Jürgen Rehm, Michael Ostrowski und meine Wenigkeit**. Leider sind Michael und ich sind die einzigen, die als "Vollmitglieder" in den Quartiersrat gewählt worden sind. Andrea, Barbara und Jürgen sind StellvertreterInnen mit der Chance, im Laufe der Zeit als "Vollmitglieder" nachzurücken.

Zusammengefasst können wir feststellen: Unser Engagement für die Quartiersratswahlen 2007 im Sprengelkiez war ein voller Erfolg! Die genauen Ergebnisse und weitere Hintergrundinfos könnt ihr auf der Seite des Quartiersmanagement Sparrplatz unter <http://www.sparrplatz-quartier.de/Der-Quartiersrat-ist-mit-ueberwaeltigender-Beteiligung-gewaehlt.1581.0.html> und <http://www.sparrplatz-quartier.de/Die-Ergebnisse.1582.0.htm> nachlesen.

Viele herzliche sozialdemokratische Grüße

Udo Sack

Die Propagandistin



Konzept für den Sprengelkiez

AG Sprengelkiez

Im September 2007 standen die zweiten Wahlen des Quartiersrats am Sparrplatz für weitere zwei Jahre an. Für die SPD Abteilung „Grünes Dreieck“ war dies Anlass, sich mit dem Erreichten der letzten zwei Jahre auseinander zu setzen, Erfolge und Defizite zu benennen und hieraus die Ziele für die kommenden zwei Jahre zu formulieren

1.1: Bessere Qualität des Wohn- und Lebensraums

In den letzten zwei Jahren wurde dieses strategische Ziel durch zahlreiche Projekte vom Quartiersrat gefördert. Ein angenehmes und sympathisches Wohnumfeld ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt einer ausgewogenen Bewohnerstruktur im Kiez. Wir sehen hier für die nächsten zwei Jahre vor allem im Erhalt der neu geschaffenen und alten Infrastruktur und weniger, aber gezielter Projekte einen Handlungsbedarf. Einen vorrangigen Handlungsschwerpunkt, wie ihn der aktuelle Quartiersrat für 2007 auf diesem Gebiet vorgenommen hat, sieht die SPD „Grünes Dreieck“ hier nicht. Vielmehr sollten die bereits vorhandenen Qualitäten deutlicher durch ein angemessenes Standortmarketing herausgestellt werden. Zudem müssen die sich verändernden Umfeldbedingungen des Kiezes wahrgenommen und für eine positive Entwicklung des Kiezes genutzt werden. Dazu gehört die Ansiedlung der BND- Zentrale mit etwa 4000 Mitarbeitern in die Chausseestraße, die Veränderungen rund um den Hauptbahnhof, der Stadtumbau West sowie die mögliche Entwicklung des leer stehenden Rathaus Wedding als Bürgerhaus.

1.2: Bewohneradäquate soziale Infrastruktur

Eine gute soziale Infrastruktur fördert die Integration und die Kommunikation der BewohnerInnen im Kiez. Vor allem durch Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche werden Grundfeste für ein friedliches und aktives Zusammenleben geschaffen. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen war der mit Abstand größte Förderschwerpunkt des Quartiersrats der letzten zwei Jahre. In diesem Bereich wurde viel erreicht. Die SPD „Grünes Dreieck“ unterstützt, dass dieses operationale Ziel weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der Kiezpolitik haben sollte. In Zukunft sollten aber auch, entsprechend der Bevölkerungsstruktur des Kiezes, Freizeitangebote für andere Zielgruppen wie zum Beispiel Senioren und Mädchen, gefördert werden.

1.3: Bewohneradäquate Stadteilkultur

Eine bewohneradäquate Stadteilkultur wird von der SPD „Grünes Dreieck“ aktiv unterstützt und gefördert. Das Sparrplatzfest ist im Kiez etabliert und sollte in Zukunft weiterentwickelt und unterstützt werden. Eine weitere Möglichkeit zur Stärkung der Kultur im Kiez ist die Reaktivierung des Kinos am

Die Propagandistin



Sparrplatz und die Unterstützung von in Wedding ansässiger Künstler. Großveranstaltungen wie das WM-Studio und den Sprengelcup 2006 halten wir im Sinne des Nachbarschaftszusammenhalts und des Standortmarketings weiterhin für förderungswürdig.

1.4: Besseres Gesundheitsniveau

Der Erhalt der bestehenden Einrichtungen ist ein zentrales Anliegen der SPD „Grünes Dreieck“. Das Sprengelhaus bietet bereits eine große Anzahl an Aktivitäten an, welche sich im Kiez gut etabliert haben. An den großen Erfolg des im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft durchgeführten „Sprengelcups“ sollte auch dieses Jahr und in Zukunft angeknüpft werden. Darüber hinaus unterstützt die SPD „Grünes Dreieck“ die Durchführung eines Quartierslaufs im Jahr 2007.

1.5: Besseres Sicherheitsniveau

Der enge Kontakt des Quartiersrats zur Polizei sollte auch in Zukunft gepflegt und die Kontakte zum Ordnungsamt intensiviert werden. Zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens hält die SPD „Grünes Dreieck“ darüber hinaus eine Verbesserung der Beleuchtungssituation am Sparrplatz für notwendig.

1.6: Mehr Partizipation der Bewohner und Akteure

Die Vernetzung der Kiezinitiativen einschließlich des Quartiersrat Sparrplatz durch den Kiezrat sollte in den kommenden zwei Jahren mehr gefördert und ausgebaut werden. Darüber hinaus sollte der Kiezrat in seiner Funktion als informeller Marktplatz aufgewertet werden. Ein Ziel des Quartiersmanagements ist die Aktivierung der Bürger zur nachhaltigen Stärkung des sozialen Gefüges des Kiezes. Die Nachhaltigkeit der vom Quartiersmanagement initiierten Projekte kann nach dem Auslaufen des Quartiersmanagements nur über die frühzeitige Einbindung aller im Kiez aktiven Organisationen gewährleistet werden.

1.7: Mehr Fort- und Weiterbildung

Die Förderung der Fort- und Weiterbildung der Kiezbewohner ist ein wichtiges Ziel und trägt zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt bei. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für den sozialen Aufstieg und die Integration von Migranten der zweiten und dritten Generation. Die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache ist für den Quartiersrat, wie auch für die SPD „Grünes Dreieck“ ein zentrales Anliegen. Sprache ist ein Kommunikationsmittel und wird nachhaltig und effektiv durch regelmäßige Anwendung gelernt. Ziel muss es daher sein, die Kenntnis der deutschen Sprache durch Förderung von sozialen Kontakten von Bewohnern mit und ohne Migrationshintergrund aktiv zu fördern. Tandemprogramme können sowohl die Sprachkenntnisse der Bewohner, als auch die sozialen Kontakte im Kiez fördern. Die SPD „Grünes Dreieck“ setzt sich insbesondere für die Sprachförderung von Frauen mit Migrationshintergrund ein.

Die Propagandistin



1.8: Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Aufgrund der sehr hohen Arbeitslosenzahlen ist für die SPD „Grünes Dreieck“ die Integration von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt eines der wichtigsten Handlungsfelder im Kiez. Die Handlungsmöglichkeiten des Quartiersrats zur Förderung der Arbeitsmarktchancen seiner Bewohner sind aufgrund der Überregionalität und der geregelten Zuständigkeit der Arbeitsagenturen zwar beschränkt, jedoch kann und sollte der Quartiersrat diese entschlossener unterstützen. Das Sprengelkiez verfügt über eine hervorragende Infrastruktur, eine nahezu einmalig gute Anbindung an die wichtigen Stadtzentren Ku’damm, Friedrichstraße und Regierungsviertel sowie günstige Mieten. Die Standortprofilierung als sehr interessanten Kiez für die Ansiedlung von Büro und Kleingewerbe ist aus Sicht der SPD eine der großen Chancen, den Zuzug von Arbeitsplätzen in den Sprengelkiez zu fördern. Dieses Profil sollte deshalb im Rahmen eines Standortmarketing aktiv beworben werden. Auch sollte außerhalb des Bezirks für den Kiez geworben werden. Eine aktive Ansprache und Informierung der Arbeits- und Ausbildungssuchenden ist ebenfalls möglich und sinnvoll. Die SPD „Grünes Dreieck“ fordert daher den Quartiersrat auf das strategische Ziel „Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ für die nächsten zwei Jahre deutlich mehr als bisher zu fördern.

1.9: Mehr Akzeptanz und unterstützendes Sozialgefüge

In der Stärkung des Sozialgefüges sieht die Abteilung „Grünes Dreieck“, im Gegensatz zum Quartiersrat, den mit Abstand größten Bedarf im Sprengelkiez. Die nachhaltige Förderung des sozialen Zusammenhalts durch die Stärkung der Integration muss bei einem Migrantenteil von über 40 % zentrales Anliegen jeder Kiezförderung sein. Die SPD „Grünes Dreieck“ hat sich daher dieses Thema zum Schwerpunkt der kommenden Jahre gemacht und wird sich aktiv mit entsprechenden Projekten im Kiez einbringen. Sportveranstaltungen, kulturelle Begegnungen und Tage der offenen Vereine sind mögliche Projekte zur Förderung der Integration.

2. Forderungen der SPD „Grünes Dreieck“ zur Arbeitsweise des Quartiersrats

2.1: Projekte im Kiez

Die SPD „Grünes Dreieck“ fordert eine verbesserte Kommunikation der im Kiez durchgeführten Projekte. So wurde beispielsweise die Durchführung der „Sprengeltage“ nur unzureichend kommuniziert, weshalb nur sehr wenige Bewohner des Kiezes von den sehr guten Programm der Aktion erfuhren. Ausgesuchte Projekte sollten evaluiert werden, wofür der Quartiersrat Gelder zur Verfügung stellen sollte.

Die Propagandistin



2.2: Zusammensetzung des Quartiersrats

Die Beschlussfähigkeit des Quartiersrates war in der Vergangenheit durch das Fehlen besonders von Vertretern der Institutionen, aber auch der BürgerInnen, oftmals nicht gegeben. Die SPD „Grünes Dreieck“ fordert, dass die im Quartiersrat vertretenen Institutionen ebenso wie die gewählten BürgerInnen bei dreimaligen Fehlen ihr Stimmrecht verlieren. Die SPD-Abteilung setzt sich überdies dafür ein, den Migrantenanteil innerhalb des Quartiersrates zu erhöhen.



Das Nordufer, dank unserer Abteilung endlich gesperrt

Die Propagandistin



Termine

Ab 05.11.2007 Immer Montags	18:30 - 20:00	Fussballspielen in der Halle 16.Abt. + SPD Mitte + Freunde	Sporthalle Amrumer Str. 36
Dienstag 23.10.2007	19:00	Mitgliederversammlung „Sprengekiez + Brüsseler Kiez – Quo Vadis?“	„Ruchita“ Torfstraße/Nordufer
Freitag 26.10.2007	Ab 18:00	Unser alljährliches Spaghetti- Essen der 16. Abteilung mit selbstge- machter Pasta, Saucen und Dolce	“Ray’s Dart Club”, Triftstr. 67, Eingang vom Sparrplatz, (Hochhaus „Eschenbräu)
Donnerstag 01.11.2007	19:00	SPD-Kreisvorstand (parteiöffentlich)	Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben / Bitte bei Udo Sack erfragen
Dienstag 06.11.2007	19:00	Abteilungsvorstand	„Ruchita“ Torfstraße/Nordufer
Freitag 09.11.2007	Ab 19:00	Bowling zusammen mit der 15. Abteilung	Bowlingcenter „Skarabäus“ im Schillerparkcenter Müllerstr. 45-46
Dienstag 13.11.2007	Ab 19:00	Abteilungs-Stammtisch	!!! „L’Escargot“ !!! Brüsseler Straße 39
Samstag 17.11.2007	Ab 09:30	Landesparteitag „Innovation in Berlin – Zukunft aus Tradition“	Mensa FU II Otto-von Simson-Str. 26 Berlin-Dahlem
Dienstag 27.11.2007	19:00	Mitgliederversammlung	„Ruchita“ Torfstraße/Nordufer
Dienstag 04.12.2007	19:00	Abteilungsvorstand	„Ruchita“ Torfstraße/Nordufer
Dienstag 11.12.2007	19.00	Abteilungsstammtisch	„L’Escargot“ od. andere Kneipe, Brüssler Kiez

Die Propagandistin



Das politische Lied

Motivés. Le chant des Partisans

Dieses Lied wurde 1943 von J. Kessel, M. Druch und A. Marly für den französischen Widerstand geschrieben, vor allem in den Tagen der Befreiung vom Nazi-Terror war es besonders im Süden sehr beliebt. Aus dem französischen von Sebastian Trommsdorff:

<p>Strophe 1: Ami entends tu le vol noir des corbeaux sur les plaines Ami entends tu le bruit sourd Du pays qu'on enchaîne.</p> <p>Ohé partisans ouvriers et Paysans c'est l'alarme. Ce soir l'ennemi connaîtra le prix du sang et des larmes</p> <p>Refrain: Motivés, motivés Il faut rester motivés. Motivés, motivés Il faut rester motivés.</p> <p>Strophe 2: C'est nous qui brisons les barreaux des prisons pour nos frères? La haine à nos trouses, la faim Qui nous pousse à la misère.</p> <p>Il est des pays où les gens au creux des lits font des rêves. Chantez compagnons dans la nuit la liberté vous écoute. Refrain...</p>	<p>Strophe 1: Freund hörst du den schwarzen Flug der Raben über der Landschaft. Freund hörst du den stummen Lärm des Landes das man in Ketten legt.</p> <p>Ohé Partisanen, Arbeiter und Bauern das ist der Weckruf! Heute Abend lernt der Feind den Blutzoll und tränen kennen</p> <p>Refrain Motiviert, motiviert Man muss motiviert bleiben. Motiviert, motiviert Man muss motiviert bleiben.</p> <p>Strophe 2: Sind wir es, die zerstören die Mauern der Gefängnisse für unsere Brüder? der Hass in unseren Bäuchen, der Hunger der uns ins Elend treibt. Er kommt aus dem Land wo die Leute auf dreckigen Betten träumen. Singt Freunde in der Nacht Die Freiheit hört euch zu Refrain... Strophe3:</p>
---	---

Die Propagandistin



<p>Strophe 3: Ami si tu tombe un ami sort de l'ombre à ta place ici chacun sait ce qu'il veut, ce qu'il fait quand il passe.</p> <p>Ohé partisans ouvriers et Paysans c'est l'alarme. Ce soir l'ennemi connaîtra le prix du sang et des larmes</p>	<p>Freund wenn du fällst, verlässt ein Freund den Schatten an deinem Platz. Hier weiss ein jeder was er will, was er tut wenn er dahingeht.</p> <p>Ohé Partisanen, Arbeiter und Bauern das ist der Weckruf Heute Abend lernt der Feind den Blutzoll und tränen kennen</p>
--	---

Der erste afrikanische BVG-Fahrer

Von Ursula Trüper

In tadelloser Uniform und strammer Haltung steht der Zugführer neben seinem U-Bahnwagen an der Warschauer Brücke und lächelt selbstbewusst in die Kamera. Er ist schwarz. Martin Dibobe, der schwarze Zugführer war seinerzeit eine Berühmtheit in Berlin. Wenn er Dienst hatte, so wird berichtet, liefen die Fahrgäste zusammen, um ihn anzustauen.

Er hieß eigentlich Quane Dibobe und kam 1876 in Kamerun zur Welt. Als Kind besucht er die Missionsschule, wo er nicht nur lesen und schreiben lernt, sondern auch auf den Namen Martin getauft wird. Mit 20 Jahren geht er nach Berlin. Er und mehrere seiner Landsleute hatten sich verpflichtet, bei der Berliner Gewerbeausstellung von 1896 als Vertreter Kameruns aufzutreten. Für dieses gesellschaftliche Großereignis, das über sieben Millionen Zuschauer anzog, hatte man damals den Treptower Park komplett umgebaut und in ein riesiges Ausstellungsgelände umgewandelt. Ein wichtiger – und für die Ausstellungsbesucher sicherlich der interessanteste - Bestandteil der Gewerbeausstellung war die Erste Deutsche Colonial-Ausstellung. Über hundert Afrikaner aus den verschiedenen deutschen Kolonien hatte man angeworben. Ihre Aufgabe bestand darin, im Treptower Park „afrikanisches Alltagsleben“ zu simulieren. Am Karpfenteich stand ein „Negerdorf“, das die Afrikaner nun - in exotische Kostüme gehüllt – mit Leben zu füllen hatten, indem sie trommelten, tanzten, sangen, auf Kamelen ritten oder in Einbäumen auf dem Karpfenteich ruderten. Ein Reporter der Berliner Illustrierten Zeitung berichtet begeistert: „Mit geschickter Ausnutzung der vor-handenen Örtlichkeit, an den idyllischen Ufern des Karpfenteichs, sind hier unseren schwarzen Landsleuten die

Die Propagandistin



heimatlichen Hütten widererstanden, so dass sie sich, abgesehen vom Klima, wie zu Hause fühlen.“

Dass sich die Afrikaner im Treptower Park wie zuhause fühlen, ist eher unwahrscheinlich. Sechs Monate lang, von Mai bis Oktober 1896, werden sie morgens bis abends angestarrt. Nach Feierabend wohnen sie in engen Gemeinschaftsbaracken. Ein Privatleben ist da nicht möglich. Es ist ein kühler regnerischer Sommer, und mehrere von ihnen erkranken an dem ungewohnten Klima. Drei von ihnen sterben sogar. Hin und wieder kommen Mitarbeiter des Berliner Völkerkunde-Museums vorbei, um ihre Schädel zu vermessen und sich Notizen über ihre „Rassenmerkmale“ zu machen. Lediglich einige Berlinerinnen, die mit den gutaussehenden jungen Afrikanern flirten, bringen eine gewisse Abwechslung in den tristen Ausstellungsalltag, weswegen ihnen prompt in der konservativen Presse „Würdelosigkeit“ und „mangelndes Rassebewusstsein“ vorgeworfen wird.

Die jungen Leute aus den Kolonien hatten offensichtlich nicht damit gerechnet, in Deutschland wie die Zootiere ausgestellt zu werden. *„Gar nichts wurde uns beigebracht,“* beklagt sich beispielsweise Dibobes Kollege Friedrich Maharer aus der Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika. *„Wir haben nur mit Pferden reiten müssen und wurden gekleidet und gedrillt wie Soldaten.“* Vermutlich hatten viele der anwesenden Afrikaner gehofft, auf der Gewerbeausstellung, die ja eine Leistungsschau der neuesten technischen Errungenschaften war, sich einiges an deutschem Know How aneignen zu können.

Dibobe lässt sich nicht entmutigen. Er beschließt, nach dem Ende der Kolonialausstellung in Berlin zu bleiben und beginnt eine Schlosserlehre. Außerdem nimmt er sich ein eigenes Zimmer, bei der Familie Noster in Berlin. Und er verliebt sich: in Helene Noster, die Tochter seiner Vermieter. Anfang 1900 verloben sich die beiden. Doch vor eine Heirat haben die deutschen Behörden einige Hindernisse gesetzt. Wie viele Menschen aus den Kolonien verfügt Dibobe nicht über die notwendigen Papiere. Er schreibt nach Kamerun, man möge ihm die entsprechenden Bescheinigungen schicken, aber nichts tut sich. Schließlich reißt ihm die Geduld. In perfektem Behördendeutsch schildert er der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes seine Lage: *„In Anbetracht der Dringlichkeit bitte ich die Kolonial-Abteilung ganz ergebenst: mir die zum Zwecke meiner hier stattfindenden Verheirathung nöthigen gesetzlichen Papiere ausstellen resp. das Weitere gefälligst veranlassen zu wollen und nochmals die dringende Bitte um hochgeneigte Beschleunigung dieser Sache auszusprechen. Hochachtungsvoll ergebenst Martin Dibobe.“* Es dauert dann noch ein halbes Jahr, bis die ersehnten Papiere endlich da sind und das junge Paar heiraten kann. *„Für Afrikaner auf deutschem Hoheitsgebiet war es vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht selbstverständlich, dass sie weiße Frauen heiraten durften,“* sagt die Sozialhistorikerin Eve Rosenhaft von der Universität Liverpool. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Aitken forscht sie seit mehreren Jahren über das Leben von Afrikanern im kaiserlichen Deutschland und in der

Die Propagandistin



Weimarer Republik. „Dass es Dibobe gelang, eine Familie zu gründen,“ so die beiden Wissenschaftler, „ist als seltener Glücksfall anzusehen.“

1902 tritt der junge Familienvater eine Stelle bei der neu eröffneten Hoch- und Untergrundbahn an, dem modernsten Verkehrsmittel im damaligen Berlin. Er wird zunächst als Zugabfertiger beschäftigt, steigt aber bald zum Zugführer auf. Später schreibt er stolz: *„Durch Fleiß und einwandfreies Betragen habe ich mir eine Vertrauensstellung erworben und bin seit dem Jahr 1902 in ungekündigter Stellung als Zugführer 1. Classe thätig.“*

Der Alltag der Familie Dibobe ist sicher nicht einfach. Nur die wenigsten Deutschen kennen leibhaftige Afrikaner aus eigener Anschauung und begegnen ihnen mit einer naiven Neugier, die sicher für die Betroffenen nicht besonders angenehm ist. Doch spielt offensichtlich der aggressive Rassismus, der auch damals schon in völkisch-konservativen Kreisen gepflegt wird, im Alltag noch keine große Rolle. Jedenfalls klagen die entsprechenden Presseorgane immer wieder darüber, „dass noch weiten Kreisen in Deutschland das Gefühl dafür fehlt, was wir unsrer Rasse und unserem Ansehen in der Welt schuldig sind.“

Einen Höhepunkt in Dibobes Karriere bedeutet es sicherlich, dass man ihn im Auftrag der deutschen Regierung in seine Heimat Kamerun entsendet. Er soll dort beim Bau der neuen Eisenbahn helfen. In Kamerun gärt es heftig zu dieser Zeit. Mehrere Chiefs hatten eine Beschwerdeschrift an den Reichstag geschickt, in dem sie detailliert mehrere Fälle von Misshandlung, Vergewaltigung, Zwangsarbeit, Enteignung und Raub durch die Kolonialbehörden auflisteten. Diese Eingabe erregt in Deutschland großes Aufsehen, vor allem in kolonialkritischen Kreisen. Eine Untersuchungs-kommission wird eingesetzt und der amtierende Gouverneur von Puttkammer muss gehen. Offensichtlich sympathisiert Dibobe bereits damals mit den Sozialdemokraten. Sie gehören zu den entschieden-sten Gegnern des Kolonialismus. Er habe, so schreibt er später, sich während seines Kamerunaufenthaltes nachts mit den dortigen Chiefs getroffen, und *„ihnen die Augen geöffnet, welche Macht der Sozialismus besitzt“*. Zurück in Berlin, sorgt er dafür, dass die kolonialkritischen Politiker in Deutschland weiterhin mit Informationen aus Kamerun versorgt werden. *„Weil die kaiserl. Regierung den Briefwechsel der Eingeborenen mit den Abgeordneten im Reichstag streng verboten hatte,“ schreibt er, sind „sämtliche Briefe, welche die Häuptlinge von der Heimat nach hier gesandt haben, durch meine Hände gegangen.“*

Dann kommt das Jahr 1918. Deutschland verliert den Krieg und mit ihm seine Kolonien. Der Kaiser dankt ab, und die bislang als „vaterlandslose Gesellen“ verleumdete Sozialdemokraten stellen die stärkste Partei im neuen republikanischen Reichstag. In dieser historischen Situation sieht Dibobe eine einzigartige Chance für seine Landsleute in Kamerun. Anstatt passiv abzuwarten, ob und wie die Siegermächte die deutschen Kolonien untereinander aufteilen, will er aktiv in das politische Geschehen eingreifen. „Gegen den Raub der Kolonien, sowie Unterstellung derselben unter Herrschaft der Engländer und Franzosen erheben die hier lebenden Eingeborenen aus

Die Propagandistin



Kamerun sowie Ostafrika den schärfsten Protest,“ schreibt er im Mai 1919 an den Reichskolonialminister Bell. *„Es wäre thöricht und politischer Selbstmord, da die Revolution und Umwälzung stattgefunden hat, und wir heute eine soziale Regierung haben, sich einer anderen Nation unterzuordnen. Die Eingeborenen können sich kein besseres Loos wünschen, wie ihnen die Revolution gebracht hat.“*

Kolonialminister Bell wird diese Eingabe mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen haben. Einerseits suchen die Kolonialbefürworter händeringend nach Afrikanern, die öffentlich ihre Loyalität zu Deutschland bekunden. Bei einer schon bald nach dem Krieg losgetretenen Propagandakampagne zur Rückerlangung der deutschen Kolonien sollen sie als Kronzeugen gegenüber den Siegermächten auftreten. Andererseits sind die meisten deutschen Kolonialpolitiker eher dem konservativen politischen Spektrum zuzuordnen. Afrikaner, die sich auf eine „soziale Regierung“ und gar auf „Revolution und Umwälzung“ berufen, sind keineswegs das, was sie für ihre politischen Zwecke brauchen.

Einen Monat später präzisiert Martin Dibobe, was er sich für Kamerun von der neuen Regierung erhofft. Er richtet ein Schreiben an die Nationalversammlung in Weimar, in dem er klarlegt, unter welchen Bedingungen Kamerun bei Deutschland bleiben soll. Dieses mal tritt er nicht als Privatperson auf, sondern als der Vertreter der in Deutschland lebenden Kameruner. *„Wir setzen in die jetzige soziale Republik das Vertrauen,“* schreiben Dibobe und seine Landsleute, *„dass die Behandlung der Eingeborenen eine andere und bessere wird, als unter der gewesenen kaiserlichen Regierung.“* Insgesamt 32 Forderungen stellen sie an die Weimarer Nationalversammlung. Gleich unter Punkt eins heißt es: *„Die Eingeborenen verlangen Selbständigkeit und Gleichberechtigung.“* Am Schluss erklären sie: *„Herr Martin Dibobe beabsichtigt nach Abschluss des Friedensvertrages nach Afrika zu fahren, um den eingeborenen Häuptlingen die Zusage der jetzigen Regierung zu überbringen. Er bedarf dazu einer Vollmacht, die wir hiermit für ihn beantragen.“*

Doch Dibobe bekommt diese Vollmacht nicht. Zwar wird er wiederholt von verschiedenen deutschen Behördenvertretern empfangen und man bescheinigt ihm, ein „über den Durchschnitt intelligenter und weitsichtiger Afrikaner“ zu sein. Doch ansonsten hält man ihn hin. Im November 1919 wendet sich Dibobe erneut an die deutschen Behörden, dieses Mal an den Reichswehrminister Gustav Noske. Offensichtlich hat er zu diesem Zeitpunkt bereits die Hoffnung aufgegeben, er und seine Freunde könnten in den Lauf der Geschichte eingreifen. Und offensichtlich lebt er inzwischen in prekären Verhältnissen. In seinem Brief an Noske argumentiert er nur noch privat:

„Ich besitze in Duala ein Grundstück und muss wegen Erbschaftsregulierung, Familienstreitigkeiten und Landfrage in meine Heimat reisen. Auch erfordert meine Gesundheit, welche durch die langen Entbehrungen sich sehr verschlechtert hat, diesen Klimawechsel. Durch die lange Dauer des Krieges ist mein Erspartes verbraucht und kann daher nicht aus eigenen Mitteln in meine

Die Propagandistin



Heimat gehen.“ Dibobe bittet in diesem Brief um ein Darlehen, um gemeinsam mit seiner Familie nach Kamerun zurückkehren zu können. Anfang 1920 wird ihm durch das Außenministerium „mündlich eröffnet, dass ihm für seine Pläne Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt werden können.“

Irgendwie schafft es Martin Dibobe dann trotzdem, das Geld für eine Rückreise nach Kamerun aufzubringen. Aber dort kommt er niemals an. Wie Rosenhaft und Aitken aus ihrem aktuellen Forschungsprojekt berichten, reist Dibobe 1922 ohne seine Familie von Hamburg nach Duala. Doch seine politischen Aktivitäten sind der neuen französischen Mandatsverwaltung nicht verborgen geblieben. Man befürchtet, dass er in Kamerun eine pro-deutsche Revolte anzetteln werde und gestattet ihm nicht, das Schiff zu verlassen. Dibobe bleibt nichts anderes übrig, als weiter nach Liberia zu reisen. „Sein weiteres Schicksal ist unbekannt,“ so die beiden Historiker, „aber es ist wahrscheinlich, dass er unter diesen Umständen weder nach Hause, noch nach Deutschland zurückkehren konnte.“

Diskussionsforum

Warum wir „populistischer“ werden müssen

Von Sebastian Trommsdorff

Die SPD befindet sich Umfragetief. Mittlerweile weit unter 30%. Wie kommt das? Was kann man dagegen tun?

Also als erstens geht es meiner Ansicht nicht darum das „man“ etwas tut, sondern es geht darum dass WIR etwas tun! Viele unserer Genossen, inklusive des Führungspersonals betreiben Politik wie ein Schachspiel: sie gefallen sich darin schön zu spielen, wissenschaftliche Debatten zu führen und Recht zu haben. Zwar wird zur Kenntnis genommen, dass wir stetig an Mitgliedern und Wählern verlieren, Aber sie bevorzugen es zusammen mit (leider sehr vielen) anderen Genossen im Elfenbeinturm der Schönspieler zu verharren und wundern sich warum andere nicht bei dreißig Prozent und weniger verharren. Als Grüner oder FDPler kann man sich vielleicht auf die kleine Gruppe von "reich, gebildet und schön" beschränken, als Volkspartei brauchen wir alle... inklusive derjenigen die jetzt auf einen Lafontaine hören. In der tatsächlichen Politik unterscheidet sich das handeln der Linkspartei nicht einmal graduell von dem der SPD (gerade hier im rot/roten Berlin), aber ihre Rhetorik ist eine fundamental andere... und das wirkt. Des weiteren kann man anhand diverser Bundesstatistiken sehen, daß die Linkspartei sehr viele Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler holt. Heutzutage die wichtigste, weil größte Wählergruppe. Wie machen die das? in dem sie die Sprache derjenigen sprechen die sie Wählen sollen. Hier bei uns in der SPD wird hauptsächlich die Sprache von Grünen und Fdplern gesprochen (damit meine ich nicht die Inhalte sondern ausschließlich die Formulierungen und die rhetorischen Mittel). das ist zwar mittlerweile eine heiß umworbene Klientel (Stichwort neue Mitte), aber letztendlich nicht die wichtigste. Die Politikverdrossenheit von der heutzutage

Die Propagandistin



so viel geredet wird, ist keine, sondern eine Politikerverdrossenheit. Warum? Parteiübergreifend erzählt der Politiker an sich Akademiker wischi waschi Scheiss... In der heutigen Zeit wo ein/e Bundeskanzler/in im öffentlich rechtlichen Rundfunk noch 15 Sekunden in den Nachrichten eingeräumt bekommt und im Privatfernsehen noch gerade 7-10 Sekunden muss Man/Frau Dinge verkürzen in der Hoffnung das auch dem „dümmsten Asi“... oh pardon... dem ungebildetsten Angehörigen des Prekariats klar wird was gemeint ist. Das nennt man Populismus, was heutzutage in den kreisen der Elfenbeintürmler ein Schimpfwort ist aber hier mal die Definition von Populist aus dem Internet: (zu finde auf der seite: <http://www.mikroökonomie.de/Populismus.html>)

Populist

"Als Populist wird ein Politiker bezeichnet, der durch Schlagworte und konkrete (aber vielfach undurchführbar erscheinende) Versprechungen um die Gunst des Wählers buhlt. In Europa wird Populisten oft vorgeworfen, dass es ihnen mehr um Erfolg als um die politische Zukunft des Landes gehe, und somit unterstellt, dass die politischen Maßnahmen und Äußerungen die anstehenden Probleme nicht nachhaltig lösen. In vielen anderen Ländern hingegen, wie den USA, ist der Populismus allgemein anerkannt. Der Vorteil des Populismus liegt darin, dass der Wähler konkretere Wahlmöglichkeiten hat. Die Gefahr dabei ist, dass Menschen, die sich kaum mit Politik beschäftigen, Parteien oder Politiker wählen, die sie nicht wählen würden, wenn sie besser informiert wären."

Leider ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Zeiten von DSDS, Germanys next Topmodel und wer wird Millionär furchtbar schlecht informiert und hat auch kein Interesse sich wirklich zu informieren. wie gehen wir damit um? Rümpfen wir die Nase angesichts dieses "ungebildeten Pöbels"... oh pardon... geringqualifiziertes Prekariat oder aber sprechen wir ihre Sprache (die einmal unsere war : Wehner, Brandt, Schmidt.../ und heute noch ist: Kahrs, Struck, Müntefering)? verzichten wir auf Millionen von Wählern und überlassen sie anderen die weniger Probleme damit haben ihre Sprache zu adaptieren, oder fangen wir diese stimmen selber ein? Ich bin für die zweite Option.

Demokratiedefizit

Ein zweiter Punkt ist das seit Jahren zunehmende Demokratiedefizit in unserer eigenen Partei. In der SPD ist seit Jahren eine Tendenz zu Zentralisierung und Schwächung der Teilhabe der Parteimitglieder fest zu stellen. Dies beeinflusst unsere Kampagnenfähigkeit ebenfalls negativ. Ich sage das nicht mit erhobenem Zeigefinger, weil es sich dabei um völlig rationales Verhalten der Führung handelt. Aber ich bin besorgt, weil gerade das zeigt, dass der Fehler im System liegt. Aber, wie sollen wir JETZT damit umgehen?

Die Propagandistin



Frei nach Brandt: Mehr Demokratie wagen!

Aber zurück zum Thema:

Wie gesagt ich will nicht schön spielen sondern gewinnen. Wo wir auch beim Kernproblem des Politikers/der Politik sind: Politik ist das bohren dicker Bretter/ Politik ist ein sehr langfristiges Geschäft. Gleichzeitig wird aber alle vier Jahre (eigentlich sogar viel öfter) über den Kurs des Politikers/der Politik abgestimmt. Beispiel dafür: Der jetzige Aufschwung ist ein Aufschwung den ausschließlich die SPD hervorgerufen hat... Wer erntet die Lorbeeren? Die CDU, welche mit der Sache nun wirklich nichts zu tun hat.

Wahlen gewinnen

Also was ist wichtiger? Wahlen gewinnen oder die "richtige" Politik?

Schön ist es immer wenn man das miteinander verbinden kann. Notwendig ist es nicht. Leider! Deswegen müssen wir an unserer Sprache und unserem Auftreten arbeiten um den Leuten was zu geben bevor sie die Geduld mit unserer an sich richtigen Politik verlieren. Beispiel dafür: Die Bundestagswahl 2002, diese ganze anti Kriegs Geschichte ist vom Schröder ausschließlich aus populistischen Hintergedanken heraus betrieben worden, denn nach der Wahl konnten sich die Amis nicht über mangelnde Unterstützung seitens der Bundesregierung/ UNSERER Bundesregierung an der Heimatfront beklagen. Seien es Überfluggenehmigungen im großen Stil (Österreich, Schweiz, Türkei haben selbige nicht gegeben und den Amis ziemlich den Tag verhaselt, entsenden von deutschen Marineeinheiten an die amerikanische Ostküste damit die Amis die dort freiwerdenden Kapazitäten in den Golf schicken kann und so weiter und so weiter. war das falsch?

Hätte die CDU gewonnen würde Deutschland heute nicht nur am Hindukusch verteidigt sondern auch an Euphrat und Tigris.

Warum wir nicht populistisch sein können!

Von Hanno Winter

Als Sozialdemokrat hat man es zur Zeit schon nicht leicht. Egal was die SPD macht – sie macht es falsch! Auf die SPD zu schimpfen ist ja schon regelrecht „In“. Wer heute in seinem Bekanntenkreis erzählt, dass er die SPD gut findet oder gar Mitglied ist wird entweder mit Abneigung oder Mitleid konfrontiert. Dabei sind die Vorwürfe immer die Gleichen: „Agenda 2010“, „Gesundheitsreform“, „Unternehmenssteuerreform“... „Ihr macht unsoziale Politik“. Zugegeben – das sitzt! Was auch kann man darauf noch erwidern? Selbst dem Konservativsten wird sein Bauchgefühl bestätigen, dass da irgendwie was wahres dran ist. Aber gibt es denn auch etwas Positives, was

Die Propagandistin



man der aktuellen Politik abgewinnen kann oder ist diese nur eine Manifestation der liberalen Wirtschaftshörigkeit der SPD Führung der letzten 10 Jahre?

Wie so oft im Leben lohnt es sich etwas genauer hinzugucken. Die meisten Reformen der letzten Jahre waren und sind richtig – und sie tragen einen großen sozialdemokratischen Stempel. Wir haben die besseren Argumente und unsere Reformen sind sozialer und durchdachter als die der CDU/CSU, FDP, der Grünen und der Partei die sich LINKE nennt alle mal. Der politische Gegner ist inhaltlich so schwach und orientierungslos wie selten zu vor. Oder kann mir irgendjemand sagen, was die CDU/CSU zur Zeit will, für was für ein Deutschland sie steht? - Oder kann mir irgendjemand sagen für welche politischen Ziele eigentlich Angela Merkel steht? Zwar sagen alle: „Die macht das gut!“ – keiner aber konnte mir bisher erklären, was er eigentlich mit „das“ meint. Ich persönlich sehe dort nur ein großes schwarzes Loch - aber dieses schwarze Loch hat anscheinend eine verdammt hohe Anziehungskraft!

Wir sind der Motor der Reformen

Eigentlich müsste doch bei dieser Ausgangslage die SPD so beliebt sein wie noch nie? Ist sie aber nicht, sondern das Gegenteil ist der Fall. Ich sehe den Grund hierfür darin, dass der Sinn und Zweck der Reformen beim Bürger nicht richtig ankommt oder oft falsch verstanden werden. Das ist kein Wunder, wenn man sieht wie erschreckend unqualifiziert und dumm öffentlich über Reforminhalte diskutiert wird. Das hat nichts mit einem Wettkampf um die besseren Argumente zu tun, sondern ist Populismus pur. Es geht nicht darum, den Bürgern die Reformen zu erklären, sondern darum den politischen Gegner möglichst von vorneherein zu diskreditieren. Der Bürger soll die Reformen nämlich nicht verstehen, sondern er soll dabei etwas bestimmtes fühlen! Und genau das macht es für die SPD heute so unglaublich schwer. Da wir der Motor der Reformen sind – und wir zur Zeit die einzigen sind die sagen was wir wollen, sind wir angreifbar. Der politische Gegner braucht erst gar nicht sagen was er selbst will, sondern es reicht den Bürgern das Gefühl zu geben, dass wir es eben immer falsch machen. So wird uns gerade von der Linkspartei permanent vorgeworfen unsozial und ungerecht zu sein. Das funktioniert vor allem auch deswegen so gut, da die SPD die einzige Partei in Deutschland ist von die der Bürger Gerechtigkeit und Solidarität erwartet und zutraut.

Gerechtigkeit und Solidarität

Gerechtigkeit und Solidarität sind jedoch eben auch starke Gefühle. Jeder kennt das Bauchgefühl ungerecht behandelt zu werden, auch wenn der Kopf einem das Gegenteil erzählt. Es ist sehr einfach in einer Reform vermeintliche Ungerechtigkeiten herauszupicken und unter dem Banner „soziale Kälte“ zu plakatieren. Das Schema ist immer das Gleiche: Man rupft sich dort einen Reformpunkt, der den kleinen Bürger angeblich mal wieder in den Ruin treiben wird aus dem Zusammenhang und stelle ihn hier einem Reformpunkt gegenüber, der „den da oben“ wieder mal die goldenen Taler in den Hintern

Die Propagandistin



schiebt. - Alle sind dann natürlich empört über die skrupellosen Politiker, die sich nur selbst und der Industrie das Geld in Taschen spielen. Die Bäuche blubbern und der Köpfe kochen. Man fühlt sich eben auch bestätigt von dem, was man eh schon längst weiß... BILD dir deine Meinung – aber denk bloß nicht drüber nach!

Populismus ist gefährlich

Immer wieder höre ich nun die Forderung, dass die SPD sich nun halt auf diese Gegebenheiten einstellen und etwas populistischer agieren müsse. Das ist so falsch wie auch gefährlich.

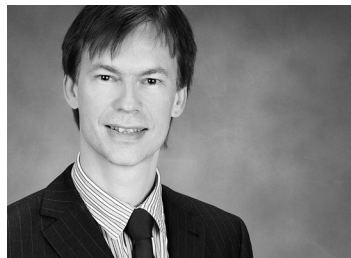
Erstens würde sie mit diesem Verhalten mit ihren Idealen brechen und zweitens könnten wir dann auch gleich die demokratischen Idee mit begraben. Wer anfängt Demokratie als große Spielwiese für Pawlowsche Experimente zu verstehen, der zündelt mit unserer aller Zukunft. Große Politiker für große Gefühle und große Kriege hatte wir schon einmal in Deutschland! Wer es nicht glauben will, brauch nur die Zeitung lesen. Es hat seine Gründe warum die rechtsradikale NPD ausgerechnet einem Lafontaine von der Linkspartei ein rechts-links Bündnis vorgeschlagen hat. Populismus verbindet!

Was der SPD fehlt sind Charakterköpfe und keine Populisten. Wir brauchen ein SPD Führung mit Rückrad und keine Fähnchen im Wind. Wir müssen davon weg dem Bürger permanent zu unterstellen er würde mit zu viel politischen Inhalt überfordert. Genau das Gegenteil ist der Fall! Die Bürger sind von der Gummihetorik gelangweilt und sehnen sich nach klar formulierten politischen Zielen und Werten. Wir haben unsere Werte und Ziele bereits in einem neuen Parteiprogramm formuliert, welches noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Jetzt sollten wir nun endlich auch mal dazu stehen und damit aufhören uns ständig mit tränenden Augen selbst ins Knie zu schießen.

Mindestlohn - Ein zentraler Punkt zukünftiger Politik

Von Uwe Ostendorff

Es ist einfach für einen Mindestlohn zu sein, zumal, wenn es einen eventuell selbst betrifft. Doch wir müssen Menschen überzeugen, um Mehrheiten zu gewinnen. Zunächst sollten wir uns daher mit den Gegenargumenten auseinandersetzen. Behauptet wird, dass die Einführung eines Mindestlohns in einem erheblichen Maße legale Arbeitsplätze vernichten würde. Höhere Löhne führen zu höheren Preisen und damit zu einer Nachfragedämpfung. Die Folge wäre ein Abbau bei den Beschäftigten.



Die Folge wäre ein Abbau bei den Beschäftigten.

Die Propagandistin



Europäische Nachbarn

Tatsache ist jedoch, dass die Erfahrungen in Großbritannien zeigen, dass in Zeiten des Wachstums die jährliche Anhebung des Mindestlohns einen Abbau der Arbeitslosigkeit nicht ausschließt. Wichtig ist es jedoch, die Höhe der Mindestlöhne an die aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Der Blick in die europäischen Nachbarländer, die mehrheitlich über einen gesetzlichen Mindestlohn verfügen, zeigt also, dass Mindestlöhne Beschäftigung nicht zwingend gefährden. Ein vorsichtig eingeführter Mindestlohn vermeidet Lohndumping ohne Beschäftigungsabbau, da Auswirkungen auf die Preise vermieden werden.

Weiterhin wird gesagt, da der Facharbeiterlohn in vielen Fällen nur geringfügig über einem Mindestlohn liegt, wird in den Tarifverhandlungen der Druck zu einer Anpassung nach oben entstehen. Doch die Realität zeigt, in den vergangenen Jahren haben sich die TarifpartnerInnen über Gebühr bei den Lohnabschlüssen zurückgehalten. Die Arbeitskosten sind in Deutschland deutlich langsamer gestiegen als im EU-Durchschnitt. Durch die ausgeprägte Lohnzurückhaltung hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit nach außen gewonnen. Es ist nicht zu erkennen, warum sich dies durch eine angemessene Regulierung des unteren Lohnsegmentes ändern sollte.

Frauen würden profitieren

Auch sagen einige, Arbeitsplätze im Niedriglohnsegment würden durch höhere Löhne unrentabel. Als Folge würden vor allem gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen vom Markt gedrängt. Fakt ist jedoch, Mindestlöhne wenden sich gegen Lohndumping. Ein Blick auf die Qualifikationsstruktur des Niedriglohnsektors zeigt, dass hier eben nicht nur Menschen ohne formale Qualifikation arbeiten. In diesem Bereich wird die schlechte Arbeitsmarktlage ausgenutzt, um qualifizierte MitarbeiterInnen für ein geringes Entgelt zu beschäftigen. Internationale Vergleiche zeigen dagegen, dass Lohnunterschiede und Lohndiskriminierung im Niedriglohnsektor und damit vor allem von Frauen durch die Einführung von Mindestlöhnen reduziert werden konnten. (Der unverhältnismäßig hohe Anteil von Frauen im Niedriglohn und Teilzeitsektor wäre noch einmal ein anderes Thema, das wir diskutieren und lösen müssen.)

Außerdem wird behauptet, Geringqualifizierte erhalten keine Chance am Arbeitsmarkt, da die Löhne nicht ausreichend nach unten gespreizt sind. Stattdessen ist es jedoch nachweislich die hohe Arbeitslosigkeit, die den Lohndruck nach unten verstärkt hat. Die Spreizung ist also schon heute nicht mehr allein mit der Qualifikation der ArbeitnehmerInnen zu erklären. Dies zeigen auch die zahlreichen Tarifentgelte deutlich unterhalb der Niedriglohngrenze von 10 € im Westen und 7,50 € im Osten. Eine weitere Spreizung nach unten ist vor dem Hintergrund der Lohnentwicklung der letzten Jahre problematisch. Angesichts der Konkurrenz mit qualifizierten Beschäftigten in diesem Lohnsegment droht ein Lohn, der sich nicht mehr an

Die Propagandistin



der - zugegebenermaßen geringen – Produktivität der Geringqualifizierten orientiert, sondern an der Marktlage. Damit besteht jedoch die Gefahr und inzwischen leider auch Praxis inakzeptabler und menschenunwürdiger Löhne.

Zusatzkosten, nicht Löhne senken

Ein weiterer Vorwurf ist, dass der internationale Vergleich von Mindestlöhnen die zusätzliche Belastung durch Personalzusatzkosten außer Acht lässt. Sollte der Mindestlohn in Deutschland auf dem gleichen Niveau eingeführt werden wie in Großbritannien, würde im Einzelhandel in Deutschland eine Arbeitsstunde 12,36 € kosten, in Großbritannien aber nur 11,31 €. Richtig ist, dass die reinen Lohnkosten erst gemeinsam mit den Personalzusatzkosten die Arbeitskosten ausmachen. Dies ist jedoch kein Argument für oder gegen Mindestlöhne, sondern eine Beschreibung der Realität. Das Problem ließe sich unter anderem durch die Senkung der Sozialabgaben in den Griff bekommen, wie sie zur Zeit von der Union blockiert wird.

Ein anderes Gegenargument ist, Befürchtungen, dass die von der CDU/CSU anstatt vorgeschlagenen Kombilöhne von Unternehmen zur Lohnsenkung ausgenutzt werden, sind rein spekulativ. Spekulationen sind kein Argument zur Einführung von Mindestlöhnen. Handlungsbedarf bestünde erst dann, wenn entsprechende Verhaltensweisen erkennbar wären. Die Ausnutzung von Kombilöhnen durch die Arbeitgeber zu Lasten der ArbeitnehmerInnen oder des Staates ist eine Erfahrung, die andere mit diesem Instrument bereits gemacht haben. Gerade die Tatsache, dass Arbeitgeber Dumpinglöhne zahlen, bei denen die Beschäftigten nur durch die Zuzahlung nach Hartz IV vor Hunger und Obdachlosigkeit bewahrt werden, ist der Beweis dafür.

Entsenderichtlinie ist richtig

Sehr perfide ist auch der Spruch, die „Abwehr“ von Konkurrenz aus dem Ausland durch Mindestlöhne, wie sie im Entsenderichtlinie festgelegt sind, widerspricht der wachsenden Bedeutung grenzüberschreitend erbrachter Dienstleistungen und wachsender Freizügigkeit. Dabei verhindert die Bundesrepublik nur - wie andere Mitgliedsstaaten auch - durch die Umsetzung der Entsenderichtlinie durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz Lohndumping im eigenen Land. Mit osteuropäischen Löhnen kann keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer in Deutschland seine Miete zahlen und die Familie ernähren. Dies leuchtet doch wohl jedem Kind ein.

Immer wieder gern genommen ist bei uns auch der Verweis auf einen hohen bürokratischen Aufwand für Wirtschaft und Staat. Die Realität sieht allerdings wie folgt aus: Die Kontrolle von Mindestlöhnen ist im Bereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) bereits heute gängige Praxis. Die Einhaltung des AEntG-Mindestlohns wird von den Zollbehörden mit rd. 7000 MitarbeiterInnen kontrolliert. Die dort inzwischen aufgebaute Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit hat sich zu einem anerkannten Kontrollorgan entwickelt. Bei einer Übertragung dieses Kontrollmodells erhielten die

Die Propagandistin



Zollbehörden als Behörden des Bundes auch in Bezug auf einen neuen allgemeinen Mindestlohn das Recht auf verdachtsunabhängige Kontrollen (Befragung von Personen, Betreten von Räumen und Grundstücken, Einsicht in Unterlagen); Arbeitgeber würden zur Bereithaltung prüfungsrelevanter Unterlagen und zu Arbeitszeitaufzeichnungen verpflichtet, ausländische Arbeitgeber zusätzlich zur Meldung entsandter ArbeitnehmerInnen. Der bürokratische Aufwand für Unternehmen wäre also nur sehr begrenzt. Und was ist dieser Aufwand gemessen an einer Pleite eines mittelständischen oder Kleinunternehmens aufgrund der Abwärtsspirale von Löhnen und Kosten.

Tarifaufonomie bleibt gewahrt

Lange Zeit wurde auch aus den eigenen Reihen von SPD und Gewerkschaften behauptet, die Einführung von Mindestlöhnen widerspricht dem deutschen System der Lohnfindung durch die Tarifvertragsparteien und schwächt die Tarifaufonomie. Das ist Unsinn. Mindestlöhne stellen die Tarifaufonomie nicht in Frage. Sie würden nur das niedrigste Niveau festschreiben, das bei der Entlohnung eingehalten werden müsste. Das Argument ist auch wenig stichhaltig angesichts der Tatsache, dass gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen seit Jahrzehnten bestehen und die Gewerkschaften noch nie gehindert haben, bessere Bedingungen in Tarifverträgen zu vereinbaren. Dies gilt etwa für den Urlaub, die Kündigungsfristen und die Arbeitszeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde die Tarifaufonomie ebenso wenig in Frage stellen. Den Tarifvertragsparteien bleibt es nach wie vor unbenommen, weitergehende Vereinbarungen im Rahmen der Tarifaufonomie abzuschließen. Die Erfahrungen im Baugewerbe und in der Zeitarbeitsbranche zeigen, dass Mindestlöhne sogar einen Anreiz für die Nutzung tariflicher Gestaltungsmöglichkeiten darstellen können. Auch verkennt diese Position die Tatsache, dass für immer mehr ArbeitnehmerInnen Tarife nicht mehr gelten und die Gewerkschaften – auch ganz ohne Mindestlohn – kontinuierlich Mitglieder verlieren.

Was also spricht nun für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohn?

• Unterstützung von Kombilohn-Modellen bzw. ergänzenden Transferleistungen

Mit der Einführung des SGB II und der Erweiterung der Hinzuverdienstgrenzen wurde ein System der Kombination von Erwerbseinkommen und staatlicher Transferleistung geschaffen, das heute knapp eine Million Menschen erfasst. Der Ausbau von Arbeitsanreizen durch die zusätzlich zum Erwerbseinkommen gewährten staatlichen Leistungen entwickelt wie bereits beschrieben jedoch immer mehr die Tendenz, dass Unternehmen mit dem Hinweis auf zusätzliche staatliche Unterstützung gegenüber den Beschäftigten geringere Löhne durchsetzen. Im Grunde genommen zahlt hier der Staat und damit wir alle, den Unternehmen den Lohn. Daher schützen Mindestlöhne den Staat beim Ausbau von Arbeitsanreizen durch Kombi-Einkommen davor, eine immer größere Last

Die Propagandistin



bei dem Versuch zu tragen, seinen BürgerInnen einen auskömmlichen Lebensstandard zu ermöglichen. Ohne Mindestlöhne würden die Unternehmen ihren Anteil am Lohn sonst zu Lasten des Staates weiter senken.

- **Der Schutz vor Dumpinglöhnen aus dem Ausland**

Mit der Entsenderichtlinie (Dezember 1996) wurde die Ausdehnung nationaler Standards und auf diese Weise auch die Vermeidung von Lohndumping möglich gemacht. Dem entsprechend kann ein EU-Mitgliedsland gesetzlich vorschreiben, dass für Arbeitskräfte, die vorübergehend aus einem anderen Land entsandt sind, bestimmte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen genauso gelten wie für heimische ArbeitnehmerInnen. Grundlage ist jedoch eine verbindliche Regelung, dass die Bedingungen für aus dem Ausland entsandte ArbeitnehmerInnen auch für alle inländischen ArbeitnehmerInnen erfüllt werden. Bisher wurde diese Regelung im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Wesentlichen nur für das Baugewerbe umgesetzt. Durch die im Rahmen der WTO vereinbarten Öffnung der Märkte und verstärkten Dienstleistungs-tätigkeit bekommen zunehmend mehr Branchen Konkurrenz durch ausländische Firmen. Durch die künftige Wirkung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird diese Tendenz noch verstärkt. Damit steigt auch die Notwendigkeit, weitere Branchen vor Lohndumping aus dem Ausland zu schützen. Für eine entsprechende Ausgestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie sind im Übrigen Zehntausende ArbeitnehmerInnen aus allen EU Ländern gemeinsam in Brüssel und anderswo auf die Straße gegangen.

- **Gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle**

Steigender Konkurrenzdruck und schwindende Bindungskraft von Tarifverträgen geht nicht nur zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Auch Unternehmen und Betriebe sind betroffen. Die bislang vorherrschende Überzeugung, im Wettbewerb mit der Qualifikation von MitarbeiterInnen, Produktqualität, Innovation, Kreativität und effizienten Produktionsbedingungen zu konkurrieren, gilt nicht mehr. Immer häufiger ist der Versuch zu beobachten, Wettbewerbsvorteile durch Lohndumping zu erreichen. Daher müssen auch die Unternehmen, die zum Teil viel Aufwand in die Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen und in die Qualität ihrer Produkte investieren, daran interessiert sein, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Lohndumping untergraben wird. Wenn jedoch Unternehmen an der Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen sparen müssen, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität der Produkte und erbrachten Dienstleistungen. Hierfür lassen sich fast täglich Beispiele in der Presse finden. Mindestlöhne sind also auch über kurz oder lang VerbraucherInnenschutz.

Die Propagandistin



- **Die Sicherung eines angemessenen und menschenwürdigen Lohnes**

Und zu guterletzt, und das soll das Hauptargument sein, sollen ArbeitnehmerInnen vor "Ausbeutung" geschützt werden, also davor, dass ihnen ein menschenunwürdiger Lohn gezahlt wird, der niedriger ist, als es der Produktivität der von ihnen erbrachten Arbeitsleistung entspricht. Wir wollen keine Löhne, die an Sittenwidrigkeit grenzen. Solche Löhne kann es geben, wenn die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer im unteren Lohnsegment – insbesondere aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, siehe Ostdeutschland, aber auch durch Konkurrenz aus dem Ausland – schwach ist. 2009 - bei Nutzung der zweijährigen Verlängerungsmöglichkeit der Begrenzung spätestens 2011 - wird die Freizügigkeit für alle Länder der EU gelten. Für bestimmte Berufsgruppen wie Ingenieursberufe werden ja bereits jetzt Ausnahmeregelungen geschaffen. Ab diesem Zeitpunkt muss auch in Deutschland mit verstärkter Konkurrenz durch Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten gerechnet werden. Angesichts dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit haben sich die Löhne in den letzten Jahren bereits in den vergangenen Jahren insgesamt nur schwach entwickelt. Real war die Entwicklung von 1991 bis 2004 sogar leicht negativ. Dies hat besonders Auswirkungen auf niedrige Löhne, bei denen die Konkurrenz vor dem Hintergrund geringer Qualifikationsanforderungen besonders stark ist. Da gleichzeitig eine schwindende Bindungskraft von Tarifverträgen festzustellen ist, ist eine Lohnabsicherung nach unten erforderlich.

Am Mindestlohn scheidet sich die Koalition

Wichtig ist auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen nicht aus dem Auge zu verlieren. Obwohl wir in den letzten Jahren wie so oft Exportweltmeister waren hat sich dies nur unzureichend auf die Arbeitslosenquote und den Lebensstandard ausgewirkt. Hinzu kommt die auch gerade von Horst Köhler bemängelte Kluft zwischen Armen und Reichen. Wir werden das Problem nicht durch auf Dumpinglöhnen basierende erhöhte Wettbewerbsfähigkeit lösen können. Dies gelingt einzig und allein durch eine erhöhte Binnennachfrage am Markt, Sprich die einfachen Leute brauchen mehr Geld im Portemonnaie. So sind zum Beispiel viele Arbeitsplätze im Einzelhandel weggefallen, die sich dadurch wieder schaffen ließen. Arbeitsplätze die mit den Bedürfnissen des täglichen Bedarfs der einfachen Leute verbunden sind, können nicht ins Ausland verlagert werden. Niemand fährt von Kassel für Brot, Butter, Mehl nach Bulgarien oder China. Nur muss man auch erstmal soviel verdienen, um sich Brot, Butter Mehl zu leisten. Leider wird man ja den Verdacht nicht los, dass diejenigen, die über einen Mindestlohn entscheiden müssen nicht den blassesten Schimmer davon haben, was es heißt mit so wenig Geld auskommen zu müssen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dürfen, sofern es uns nicht selber betrifft, dies nicht vergessen. Deswegen müssen wir sehr entschieden dafür eintreten.

Die Propagandistin



Einkommensgerechtigkeit zentraler Punkt

Da für mich die Frage der Lohn- und Einkommensgerechtigkeit der zentrale Angelpunkt dafür, ob das Wirtschaftswachstum anhält und ob die Arbeitslosenzahlen sinken, ist, ist es nicht nur ein mögliches Thema für die nächste Bundestagswahl sondern auch das zentrale Kriterium an dem sich die Fortexistenz der großen Koalition entscheiden muss. Kein anderer Punkt der gegenwärtigen Politik ist so wichtig wie diese grundsätzliche Frage der sozialen Gerechtigkeit. Da hilft auch keine verlängerte Bezugsdauer von ALG I. Wenn sich hier nicht ausreichend etwas bewegen lässt, müssen wir die in den Medien beschriebene linke strukturelle Mehrheit nutzen, um einen Politikwechsel herbeizuführen.

Warum es mit der SPD abwärts geht - oder die amerikanische Illusion

Von Sebastian Trommsdorff

Früher, ja früher war alles besser. Die Menschen gingen wählen, waren fleißig und bildungswillig, glaubten an die Möglichkeit des Aufstiegs durch Arbeit und Bildung. Heute glauben vor allem die Jungwähler an den amerikanischen Traum: Vom Tellerwäscher zum Millionär, allerdings ohne Tellerwaschen. DSDS, Germanys next Topmodel und andere machen es möglich. Dass dies nur klappt wenn Bundesweit Horden von gestörten für 49 cent pro Anruf für einen anderen gestörten anruft. Und ja, nach mehreren Millionen Anrufen und Hundertfünfzig Werbepausen schafft es tatsächlich eine/r und darf vor Millionenpublikum seine diversen Profilneurosen ausleben.

Das System funktioniert! Sagen die, die es besser wissen.

Ihr erinnert Euch vielleicht noch an diese famose Unterschichten-debatte, welche ende letzten Jahres durch eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung (Gesellschaft im Reformprozess) losgetreten wurde. Die Studie sprach vom „neuen Prekariat“, dass sozial und wirtschaftlich abgehängt worden sei. Ihr erinnert Euch vielleicht auch noch an die Reaktionen unserer Führung. Münte zum Beispiel tat die (von der Partei finanzierte) Studie als spinnerte ideen „Weltfremder Soziologen“ ab.

Da weiß ich ja jetzt wofür ich Beiträge zahle.

Problem an der Sache ist nur, dass das eben nicht die spinnerten Ideen weltfremder Soziologen sind, sondern eben gelebte Realität in Teilen unserer Gesellschaft ist. Wir hier in Berlin im Allgemeinen und im Wedding in Besonderen sehen tagtäglich die traurige Realität. Seien es die Junkies vor dem Burger King oder die Alkies vor der Nazarethkirche, das abgehängte Prekariat ist Realität. Jetzt muss es darum gehen für diese Menschen Lösungen zu finden die auch angenommen werden. Denn das ist meiner Ansicht nach der eigentliche

Die Propagandistin



Grund warum Wahlbeteiligung und Ergebnisse für die deutsche Sozialdemokratie in letzter Zeit so sind wie sie sind. Erst wenn wir wieder in der Realität leben kann es für uns wieder aufwärts gehen.

Subventions- und Steuerkriminalität

Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass auch ich keine Lösung für diese Probleme habe, aber immerhin nehme ich diese Probleme zur Kenntnis. Und genau das ist das Problem was die heutige Sozialdemokratie hat. Unsere Kernkompetenz, nämlich das Wirken für eine gerechte Gesellschaft die eben auch eine gerechte Vermögensverteilung beinhaltet, haben wir aufgegeben. Wie man als Sozialdemokrat der Erhöhung der Mehrwert(Kopf)steuer bei gleichzeitigem Senken der Steuern für Großkonzerne zustimmen kann ist mir ein Rätsel. In zeitlichem Zusammenhang mit dem Abschaffen der Vermögenssteuer wird eine Debatte über Sozialschmarotzer initiiert. Ihr erinnert euch vielleicht noch an den Vorwärts zu diesem Thema. Aber hat es jemals einen Beitrag zu all den Subventionskriminellen, Steuerflüchtlingen und anderen Betrügern gegeben? Nein.

Heuschrecken-Debatte

Zwar wirft die Parteiführung ab und an mal eine Nebelkerze um uns bei der Stange zu halten, wie zum Beispiel die „Heuschreckendebatte“ oder auch das Gestänkere über unseren jetzigen Koalitions-artner. All das sind nichts weiter als Ablenkungsmanöver, die uns daran hindern sollen zu merken wie sehr sich unsere Führung bereits von der Mitgliederpartei verabschiedet hat. Unsere Führung verachtet meiner Ansicht nach große Teile unseres ehemaligen Wähler- und aktiven Klientel. Es ist das typische Phänomen der neureichen die alle anderen die es nicht so weit gebracht haben mit Verachtung strafen. Natürlich müssen gerade Sozialdemokraten das soziale Netz in Deutschland verteidigen gegen all jene die die Lücken des Systems aus zu nutzen suchen, aber nicht nur. Ich weiß nicht wer schlimmer ist, derjenige der sich Leistungen im Umfang weniger hundert Euro vom Staat erschleicht um ein bisschen angenehmer zu Leben oder derjenige der dem Staat (und damit der Gesellschaft) große Mengen Steuern vorenthält.

Wie kann es ein das diese Menschen mit Steueramnestien und ähnlichem verhätschelt werden, während anderen das Geld gestrichen wird.

Nicht das wir uns missverstehen, ich war und bin ein Befürworter der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ich bin ebenfalls für die Idee des Förderns und Forderns. Wobei mir noch nicht ganz klar ist wo da bitte schön gefördert wird. Des Weiteren würde ich es als einfaches, unwichtiges Parteimitglied sehr begrüßen, wenn man auch von den angeblichen „Leistungsträgern“, welche immer vom Gürtel enger schnallen reden, etwas fordern würde.

Die Propagandistin



Soziale Verantwortung

Soziale Verantwortung zum Beispiel. Eine kleine polemische Idee diesbezüglich habe ich bereits: Doppelte Studiengebühren für Studenten deren Eltern den Spitzensteuersatz bezahlen und dafür zahlen dann andere ein bisschen weniger oder am besten gar nichts. Abschaffung der Bemessungsgrenze wäre da ein weiterer Vorschlag meinerseits. Im Moment ist es nämlich so, dass unser Solidarsystem Solidarität der Habenichtse praktiziert. Die richtig leistungsfähigen Einkommen werden weder zur Renten-, zur Pflege- noch zur Arbeitslosenversicherung herangezogen. Ist das sozial ausgewogen? Meiner Ansicht nach nicht.

Aber was ist jetzt die Quintessenz all dessen? Was können wir besser machen? Ich weiß es nicht. Aber eins weiß ich genau: „Wegschauen hilft nicht!“

Nur wenn wir uns mit dieser Thematik auseinander setzen können wir zu alter Stärke zurückfinden und unsere Rolle als Partei des sozialen Ausgleichs und Aufstiegs wieder wahrnehmen.

Die Programmdebatte ist am Ende

Von Andreas Wiedermann

Zwischen Februar und März diesen Jahres beschäftigte sich die Abteilung 16 ausführlich mit dem Bremer Entwurf und der zukünftigen programmatischen Ausrichtung der SPD. Die Abteilung war mit zwei aktiven Genossen in der Programmkommission der SPD Mitte auf Kreisebene überdurchschnittlich stark an der Programmdebatte beteiligt. So konnten wir schließlich auch auf der Kreisdelegierten-versammlung (KDV) der SPD Mitte mit nicht wenigen Anträgen unsere Positionen in die Debatte einspeisen. So freudig die Grundsatzdebatte auch in unserer Abteilung und auf der letzten KDV geführt wurde, muss man doch leider resümieren, dass sie die Genossen in Mitte wie überhaupt in der Partei in der Breite nicht erreichen konnte. Die Programmkommission in Mitte blieb insgesamt eine kleine Gruppe, Mitgliederversammlungen zur Programmdebatte waren in den meisten Abteilungen unterdurchschnittlich gut besucht. Der Kreis Berlin Mitte macht da sicher keine Ausnahme. Zwar hört man immer wieder von der Masse der Anträge, die aus den Ortsvereinen und Kreisen zum Bremer Entwurf gestellt wurden, aber ob diese Anträge wirklich aus der Feder der breiten Basis oder von einem geringen Bruchteil der Aktivposten stammen ist nicht bestimmbar. Allerdings füllen selten Veranstaltungen zur Programmdebatte die Säle und noch seltener finden wirklich kontroverse und erhellende Diskussionen auf ihnen statt. Die Programmdebatte scheint kaum richtig angefangen zu haben, dabei ist sie fast zu Ende.

Die Propagandistin



SPD braucht Positionsbestimmung

Dabei bräuchte die SPD dringend eine inhaltliche Positionsbestimmung nach der Ära Schröder, dem starken Mitgliederrückgang und der Entstehung der Linkspartei. Nur eine Partei, die sich über ihre Ziele im Klaren ist, sowohl im Konkret-Praktischen wie im Allgemein-Programmatischen, kann ihre Verunsicherung und ihre Krisen überwinden. Erst wenn wir wissen, was uns als Partei zusammenhält und was wir erreichen wollen, auch und vor allem jenseits von Sachzwängen, können wir bestimmen wo wir zwischen CDU, FDP, Grünen und Linkspartei stehen. Sich, wie es einige SPD-Spitzenpolitiker derzeit gerne tun, in polemischen Abgrenzungen zu erschöpfen, hilft da wenig weiter. Auch dürfte es kaum unsere potentiellen Wähler überzeugen, wenn sie auf die Frage, was uns von den anderen Parteien unterscheidet, nur erfahren, dass wir nicht so marktliberal wie die FDP sind und nicht so populistisch seien wie die Linkspartei. Insbesondere da sich SPD-Politiker auch nicht immer sozial und sachlich äußern.

Warum diese Lethargie?

Die Programmdebatte wäre die Chance gewesen, die verunsicherte Basis und die anscheinend ideenlose Parteiführung wieder einander näher zu bringen und einen gemeinsamen Wertekonsens zu erneuern. Eine breit und ernst geführte Programmdebatte hätte an die Stelle der negativen Identitätssuche durch das Abgrenzen von anderen Parteien vielen wieder einen positiven Bezug zur Sozialdemokratie ermöglicht, sowohl Genossen wie auch unseren Wählern. Die Ausgangsbedingungen waren allerdings überhaupt nicht gegeben, um dieses Ziel erreichen, wenn es überhaupt je angestrebt wurde von der Parteiführung. Seit dem Ende der 90-er Jahre wurde die Programmdebatte immer wieder begonnen und verschoben. Häufig hatten die Mitglieder das Gefühl, die Partei solle nur beschäftigt werden. So war verständlicher Weise die Lust auf grundsätzliches Debattieren nach fast Zehn Jahren hin und her bei vielen Genossen nicht besonders groß. Viele glaubten sicher auch, dass bei einer großen Koalition im Bund sowieso wieder ein Wahlkampf dazwischen käme. Als das Gegenteil geschah und der Parteivorstand Ende 2006 einen genauen Fahrplan für die Debatte vorlegte, der sich vor allem durch seine Kürze ausgezeichnet hat, war die Basis nicht wirklich vorbereitet, die Debatte diesmal bis zum fertigen Programm durchzuziehen. Außerdem waren einige Landesverbände wie NRW oder Berlin auch einfach durch Wahlkämpfe stark ermüdet.

Bremer Entwurf zündete nicht

Schließlich entzündete der Bremer Entwurf die Debatte nicht. Der Text animierte aufgrund seiner Qualität bestenfalls zu grundsätzlicher Kritik an Stil, Inhalten und Langatmigkeit anstatt zu politischen Grundsatzdiskussionen. Letztlich war er nur ein inhaltlich gescheiterter Versuch den gesellschaftlichen Mainstream irgendwie links von der Mitte auszufüllen. So erwähnte man den Demokratischen Sozialismus, aber relativierte ihn sofort mit der Formel von der

Die Propagandistin



sozialen Demokratie. Das Verhältnis beider zueinander wurde an verschiedenen Stellen im Text verschieden, mitunter widersprüchlich bestimmt. Gleiches geschah auch der Globalisierung: Auf den ersten Seiten als weltweiter Prozess geschildert, dem wir nur beikommen können, wenn wir uns irgendwie anpassen, weiter hinten mit der Feststellung versehen, sie sei von Menschen geschaffen und daher gestaltbar. So regte der Entwurf stellenweise je nach Stimmungslage eher zum Weinen oder Lachen an als zu ernster und leidenschaftlicher politischer Debatte.

Nach massiver Kritik wurde der Parteiführung doch noch, aber leider sehr spät, klar, dass die Debatte über den Bremer Entwurf kein positives Ende nehmen kann. Zu widersprüchlich, zu sinnlos, zu langweilig war er! Also wurde im September ein neuer Entwurf vom Parteivorstand vorgelegt, allerdings ohne den Zeitplan der Programmdebatte zu ändern. So diskutierten die wenigen Genossen, die sich erbarnt und den Bremer Entwurf durchgearbeitet hatten, Monate lang und oft unter Zeitdruck einen Text, der doch nicht Grundlage des neuen Programms sein wird. Der neue Text wurde nun nicht mal acht Wochen vor dem Hamburger Parteitag kurz nach der Sommerpause vorgelegt. Eine ausführliche Diskussion über den neuen Entwurf in Abteilungen und Kreisen dürfte damit kaum mehr möglich sein. Vielen der wenigen noch an der Programmatik der Partei interessierten Genossen dürfte nun auch einfach die Luft ausgehen, um nochmals unter Zeitdruck einen Programmtext durchzuarbeiten. Das neue Parteiprogramm wird ohne wirkliche Verwurzelung in der Basis beschlossen.

„Aufbruch in Hamburg“

Inhaltlich ist der neue Text kürzer, prägnanter und zugespitzter formuliert. Das hebt ihn allein schon stilistisch positiv vom Bremer Entwurf ab. Aus linker Sicht ist er ohne Zweifel auch inhaltlich dem Bremer Entwurf vorzuziehen. Man fragt sich unweigerlich, warum der Parteivorstand nicht schon Anfang des Jahres einen Text auf diesem Niveau vorlegen konnte und der Partei erst noch über ein halbes Jahr lang den Bremer Entwurf zumuten musste.

Das organisatorische Debakel der Programmdebatte bleibt bestehen trotz der inhaltlichen Rettung im letzten Moment und könnte letztlich der SPD als Programmpartei langfristigen Schaden zufügen. Da die Debatte an einem großen Teil der Genossen vorbei gelaufen ist, dürfte es sehr schwer werden, im Herbst auf dem Hamburger Parteitag ein Programm zu beschließen mit dem sich die ganze Partei wirklich identifizieren wird. Zumindest dies war mit dem als überholt gescholtenen Berliner Programm noch weitestgehend der Fall. Dem Hamburger Programm könnte eine große Gleichgültigkeit entgegengebracht werden, die dem Stellenwert des Parteiprogramms als Identifikationspunkt aller Genossen weiter untergraben würde. Damit würde die schon lange bestehende Tendenz in der SPD gestärkt, dem tagespolitischen Geschäft gegenüber langfristigen Zielmarken und politischen Visionen stets den Vorzug zu geben.

Die Propagandistin



Das Ende der Programmdebatte gleicht daher eher einem Ermattungsfrieden als einem Sieg. Die Partei verfügte nicht über die Ressourcen, um nach den anstrengenden letzten Jahren über die Programmdebatte aus der Krise zu kommen. Der Hamburger Parteitag wird kein Symbol für den Aufbruch werden, auch wenn er sicher so zelebriert werden wird von der Parteiführung, sondern das Ende eines traurigen Versuches eine Programmdebatte zu beenden, die nie ernsthaft und engagiert geführt wurde.

Die Basis ist gefordert

Allerdings ist trotz aller Fehler der Parteiführung in den letzten Jahren sie nicht allein verantwortlich. Der Verlauf der Debatte und die fast gleichgültige Basis weisen auf ein tiefergehendes Problem. In der SPD sind Menschen aller Klassen, Bildungsstände, Berufe und Jahrgänge vertreten. Sowohl praktische Erfahrungen wie auch akademisches Wissen sind in Massen vorhanden. Die Kompetenz in der Basis ist groß, sie hätte die Debatte erfolgreich führen und zur Not auch den gesamten Bremer Entwurf umschreiben können. Trotz aller Fehler des Parteivorstandes, trotz aller Ermattung der Partei durch Wahlniederlagen, Mitgliederschwund und inhaltlicher Verunsicherung, wäre es an ihr gewesen, die Debatte so zu führen, dass am Ende ihr Programm raus gekommen wäre. Sie hätte auch, wenn nicht anders möglich, auf ein Aufgeben des doch sehr unrealistischen Zeitplanes drängen können. Letztlich ist die gesamte Kritik an der Parteiführung gerechtfertigt, aber die Basis der Partei muss lernen, auf sich aufmerksam zu machen und ihren Willen zu artikulieren. Wie viele GenossInnen hatten ihre Probleme mit Schröders zweiter Amtszeit? Wie viele waren gegen die Agenda 2010 und sind heute ihrer eigenen Partei gegenüber distanziert und verunsichert? Doch es regte sich damals kein nennenswerter Widerstand in der Partei, viele verließen sie, viele wurden und werden inaktiv. Doch eines lässt sich trotz aller Fehler des Parteivorstandes nicht weg diskutieren: Die Basis hätte mit diskutieren und gestalten können. Nun ist es wohl zu spät und die Partei wird auch nächstes Jahr noch nicht wissen wo sie eigentlich hin will.

Der neue Sprengelpark.
Auch hieran wirkte
unsere Abteilung mit.

